

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Rußland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Katrin Bastian, Roland Götz

Deutsch-russische Beziehungen im europäischen Kontext: Zwischen Interessenallianz und strategischer Partner- schaft

FG 5, 2005/03, Mai 2005

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Deutsch-russische Beziehungen im europäischen Kontext: Zwischen Interessenallianz und strategischer Partnerschaft

(Erschienen in veränderter Fassung in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2005)

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland haben sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts offensichtlich grundlegend gewandelt. Aus Gegnern wurden Partner, deren Verhältnis sogar unverkrampfter und herzlicher zu sein scheint, als dasjenige Deutschlands zu seinen direkt angrenzenden östlichen Nachbarn Polen und Tschechien. Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die deutsch-russischen Beziehungen weitestgehend unbelastet von der Vergangenheit, zumindest für die politischen Eliten beider Länder. Es gibt zwischen Deutschland und Rußland weder ungeklärte Territorialfragen (auch nicht um Königsberg/Kaliningrad) noch ethnisch-religiöse Spannungen, wie sie andernorts das Verhältnis zwischen Staaten vergiften. Strittige Themen wie die kaum gelöste Beutekunstfrage oder die Rehabilitierung der in Rußland lebenden deutschen Minderheit belasten das deutsch-russische Verhältnis nicht wirklich.

Während in Rußland das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland kein Thema zu sein scheint – z.B. fragte im Dezember 2004 auf der Moskauer Pressekonferenz Putins kein einziger der anwesenden 700 Journalisten danach – werden die Beziehungen zu Rußland in Deutschland jedoch immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Der herzliche gegenseitige Umgang der deutschen Bundeskanzler Kohl und Schröder mit den russischen Präsidenten Jelzin und Putin hat die jeweilige Opposition und auch die deutsche Öffentlichkeit schon mehrfach irritiert, weil brisante Themen wie Tschetschenien unter Verweis auf die Vorzüge der „stillen Diplomatie“ nach außen hin ausgeklammert wurden.¹ Ein enges persönliches Verhältnis zwischen Staatsmännern, das sich wie bei Schröder und Putin zur Familienangelegenheit entwickelt hat, ist in der Tat nicht unproblematisch: Der vertraute Umgang miteinander kann einerseits die Lösung von Problemen vereinfachen, weil er den Umweg über viele Zwischeninstanzen überflüssig macht. Andererseits kann gerade die persönliche Nähe den politischen Handlungsspielraum einschränken, weil man „unter Freunden“ harte Auseinandersetzungen eher scheut.

Die Beurteilung der deutsch-russischen Beziehungen hängt wesentlich davon ab, welche Ansprüche man an sie stellt – ob man einen „pragmatischen“ Standpunkt einnimmt und sie als Interessenallianz auffaßt oder ob man Forderungen an den

¹ Siehe auch Hannes Adomeit/Katrin Bastian/Roland Götz, *Deutsche Russlandpolitik unter Druck*, SWP-Aktuell 56/2004, <www.swp-berlin.org>.

Partner stellt, die über die Bedienung gegenseitiger Interessen hinausgehen, was auch als „strategische Partnerschaft“ gekennzeichnet wird. In den internationalen Beziehungen wird der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ allerdings inflationär und häufig bloß dekorativ auf Verhältnisse zwischen Staaten angewandt, die eher als „indifferente Nachbarschaft“ oder „pragmatische Kooperation“ zu bezeichnen wären. Dies gilt offenbar für die deutsch-chinesischen, aber möglicherweise auch für die deutsch-russischen Beziehungen.²

In Anlehnung an Kai-Olaf Lang sollen hier drei Grundfälle zwischenstaatlicher Beziehungen unterschieden werden:³

- Im Fall der „indifferenten Nachbarschaft“ orientieren sich die betreffenden Länder vorwiegend an anderen Partnern, ihre politischen Kontakte sind von Desinteresse oder sogar Mißtrauen geprägt. Ungeachtet dessen gibt es allein schon aufgrund der geographischen Nähe ausgedehnte wirtschaftliche Kooperation sowie gesellschaftliche Kontakte.
- Eine „Interessenallianz“, auch als „pragmatische Kooperation“ oder „Partnerschaft ohne Attribute“ gekennzeichnet, stellt eine Zweckgemeinschaft dar, innerhalb derer wenige, aber wichtige Vorhaben durchgeführt werden.
- Die „strategische Partnerschaft“ hat langfristigen Charakter und umfaßt eine gemeinsame Agenda wichtiger Projekte – ebenso wie bei der „Interessenallianz“. Zusätzlich kommt aber eine „kritische Masse“ an Gemeinsamkeiten hinzu, vornehmlich die Unterstellung von „gemeinsamen Werten“. Die Beziehungen heben sich durch die ausgeprägte Institutionalisierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakte von der pragmatischen Kooperation ab.⁴

Im Folgenden soll geprüft werden, welchen Charakter die deutsch-russischen Beziehungen erreicht haben. Zu diesem Zweck bietet es sich an, zunächst die individuellen Perspektiven der beiden maßgeblichen Repräsentanten beider Länder für das gegenseitige Verhältnis „Berlin-Moskau“ nachzuzeichnen und auf ihren Gehalt zu prüfen. Auch ihre Vereinbarkeit mit der Rußlandpolitik der EU ist zu hinterfragen.

² Zu den deutsch-chinesischen bzw. EU-chinesischen Beziehungen siehe kritisch Kay Möller, Europa und China: Strategische Partner?, SWP-Aktuell 52/2003, <www.swp-berlin.org>.

³ Kai-Olaf Lang, Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft: Zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen, SWP-Aktuell 48/2004, <www.swp-berlin.org>, S. 7; Ders., Polens Beziehungen zur Ukraine: „Strategische Partnerschaft“ im Kontext der EU-Osterweiterung, SWP-Studie 38/2002, S. 7.

⁴ Beispiele für derartige strategische Partnerschaften, wenn sie auch nicht so bezeichnet wurde, boten in der Nachkriegszeit die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich und Großbritannien, als die deutsch-französische bzw. deutsch-britische Aussöhnung im Rahmen des politischen Projekts der europäischen Integration betrieben wurde.

⁶ Gerhard Schröder, Deutschland und Russland: Leitmotiv Zusammenarbeit, <<http://www.deutschebotschaft-moskau.ru/de/aktuell/d99301c3-0099-11d9-ba42-000374890932.html>>; Gerhard Schröder, Russia and Germany: The Core Tenet of Cooperation, in: Russia in Global Affairs, 4/2004, <www.globalaffairs.ru/docs/2004_rus6.pdf>, S. 84-90.

Die deutsch-russischen Beziehungen aus der Perspektive des deutschen Bundeskanzlers

Nach Meinung des deutschen Bundeskanzlers stehen Deutschland und Rußland „am Beginn einer strategischen Partnerschaft für ein prosperierendes Europa und eine stabile Weltordnung“. Beide Länder stimmten in den wichtigen internationalen Fragen überein und teilten „gemeinsame Interessen und gemeinsame Werte“. Ihre zentralen strategischen Zielsetzungen seien gleich oder ähnlich: eine dauerhafte Friedensordnung in Europa, die Stabilisierung des Nahen Ostens, die Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Entwicklung eines „effektiven Multilateralismus“ und die Nutzung der Möglichkeiten des eurasischen Wirtschaftsraums.⁶ Verwirklicht werden sollen die gemeinsamen Ziele durch (a) ausgeweitete Begegnungen der Zivilgesellschaften, (b) vertiefte Wirtschaftsbeziehungen sowie (c) verstärkte europäische und internationale Zusammenarbeit.

Die gemeinsamen wesentlichen „strategischen Ziele“ – internationale Stabilität und wirtschaftliche Prosperität – sind allerdings derartig allgemein und unspezifisch gefaßt, daß sie für die Beziehungen der Bundesrepublik zu den meisten Staaten der Welt gelten können. Große Projekte“ im Sinne der oben gegebenen Definition der strategischen Partnerschaft stellen sie nicht dar. Dasselbe gilt bei näherem Hinsehen aber auch für die „Instrumente“, mit denen nach Meinung des Bundeskanzlers die „strategischen Ziele“ zu erreichen wären:

(a) Die „Partnerschaft der Zivilgesellschaften“ meint beim Bundeskanzler Treffen von Parlamentariern aller Ebenen, Städte- und Schulpartnerschaften, Kulturaustausch sowie Zusammenarbeit bei Bildung und Ausbildung, Forschung und Wissenschaft. Hier gibt es sicher noch Nachholbedarf, wenn man die entsprechenden Kontakte Deutschlands mit anderen europäischen Ländern oder den USA als Maßstab nimmt. So gesehen ist es nur konsequent, dass die Russische Föderation inzwischen der Hauptadressat der deutschen auswärtigen Kulturpolitik ist. Wenn auch dicht gefolgt von den Vereinigten Staaten, China und Frankreich, gab das Auswärtige Amt im Jahr 2002 mit 22 Mio. Euro den größten Betrag für Rußland als einzelнем Drittstaat aus. Begegnungen von Vertretern der Zivilgesellschaften, in der jetzigen Form als Treffen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beider Länder angelegt („Petersburger Dialog“), weisen in die richtige Richtung, haben aber noch einen sehr „elitären“ Charakter.⁸ Eine Ausweitung der Kontakte, wie sie beispielsweise das im Dezember 2004 abgeschlossene Jugendabkommen vorsieht, ist zweifellos zu begrüßen.

Aber, und darauf kommt es letztlich an, wie bedeutend ist die politisch-gesellschaftliche Vernetzung zwischen Deutschland und Rußland für die Friedenssicherung in Europa? Zwischen beiden Staaten gibt es heute weder Gebiets- noch

⁸ Christian Meier, Deutsch-russische Beziehungen auf dem Prüfstand: Der Petersburger Dialog 2001-2003, SWP-Studie 10/2003, <www.swp-berlin.org>.

Wiedergutmachungsansprüche. Die nur zäh vorankommende Lösung der „Beutekunstfrage“ ist zwar ein ärgerliches Problem, aber zweifellos keines von Krieg und Frieden. Entscheidender ist der 2002 neu aufgelebte NATO-Rußland-Rat, durch den Rußland noch stärker als zuvor in den Konsultations- und Entscheidungsprozeß der NATO eingebunden worden ist.⁹ Mehr an Friedenssicherung wäre nur noch durch eine formelle Mitgliedschaft Rußlands im westlichen Bündnis zu erreichen, was aber nicht auf der Tagesordnung der deutschen Politik steht. Die Perspektive einer Partnerschaft mit Rußland bei der Friedenssicherung in Europa rückt andererseits das Thema Tschetschenien an exponierte Stelle der deutsch-russischen wie auch europäisch-russischen Beziehungen. Wenn über dieses Thema jedoch nach Meinung des Bundeskanzlers kein offener Dialog geführt werden soll, wird der einzige Punkt, über den die Zivilgesellschaften unter der Überschrift „Friedenssicherung“ sinnvoll diskutieren könnten, von der Tagesordnung gestrichen.

(b) Die vertiefte Wirtschaftskooperation soll nach Meinung des Bundeskanzlers nicht nur auf dem Gebiet der Energiebeziehungen erfolgen, sondern auch den Mittelstand einbeziehen sowie eine Hochtechnologiepartnerschaft umfassen. Jedoch steht offensichtlich die Energiepartnerschaft im Vordergrund der Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers. Freilich begibt er sich damit auf ein Gebiet, das von schwer durchschaubaren Interessen der beteiligten deutschen und russischen Unternehmen geprägt ist. Ob ein stärkeres Engagement bei der Gasförderung in Westsibirien bzw. der Bau von bestimmten Pipelines betriebswirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht, werden diese selbst entscheiden müssen. An politischen Widerständen, die es durch Intervention der Staatsspitzen beider Länder zu überwinden gelte, würden diese Projekte sicher nicht scheitern. Ob sie im deutschen volkswirtschaftlichen oder politischen Interesse liegen, ist jedoch keineswegs klar.¹¹ Wirtschaftskooperation als Kernelement einer strategischen Partnerschaft zwischen Staaten ist grundsätzlich

⁹ Russland hatte den 1997 gegründeten „alten“ NATO-Russland-Rat 1999 aus Protest gegen die NATO-Operation im Kosovo verlassen. Der neue NATO-Russland-Rat von 2002 erweitert Russlands Mitwirkungsrechte erheblich.

¹¹ Das Engagement der deutschen und russischen Regierung für die auf rund 6 Mrd. \$ veranschlagte Unterwasser-Gaspipeline, die von Wyborg (Nähe St. Petersburg) kommend nach Deutschland (Greifswald) führen soll, ist nicht recht verständlich. Statt ihr könnten zu wesentlich geringeren Kosten entweder die bestehende Überlandpipeline Belarus-Polen-Deutschland („Jamal-Europa“) und/oder das ukrainische Gastransportnetz erweitert werden, was niedrigere Gastransportkosten bedeutet, auch wenn auf diesen Überlandtrassen Transitgebühren fällig werden. Dagegen wird das deutsch-russisch-ukrainische Gastransportkonsortium, das sich um die Rekonstruktion und Erweiterung der ukrainischen Ferngasleitungen kümmern soll, von der deutschen Politik kaum wahrgenommen, siehe Roland Götz, Rußlands Erdöl und Erdgas drängen auf den Weltmarkt, SWP-Studie 34/2004, <www.swp-berlin.org>, S. 19.

problematisch, weil sich der Staat mit dem politisierten Instrument „strategische Partnerschaft“ in betriebliche Belange einmischt. Statt um einzelne Projekte sollte sich die deutsche Politik stärker um die Schaffung eines günstigen Klimas für die Geschäftstätigkeit deutscher Firmen in Rußland und in den GUS-Ländern sorgen. Umgekehrt böte die weitere Entwicklung des Partnerlandes zu einer Marktwirtschaft, die eher Anliegen der strategischen Partnerschaft sein sollte, erst die Grundlage für eine sich auf privatwirtschaftlicher Basis breit entfaltende Wirtschaftskooperation.

(c) Auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Zusammenarbeit gibt es zwischen Deutschland und Rußland eine Reihe von Gemeinsamkeiten.¹² Beide setzen sich für eine starke Rolle der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats ein; Rußland unterstützt Deutschlands Wunsch nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat. In der Irak-Frage, der Haltung gegenüber dem iranischen Atomprogramm sowie im israelisch-palästinensischen Konflikt vertreten Deutschland und Rußland gemeinsame Positionen. Weniger Gemeinsamkeiten kann man jedoch bei den Fragen entdecken, die sich im zwischen Deutschland und Rußland gelegenen Gürtel ehemaliger Sowjetrepubliken stellen. Rußlands Auffassungen von der Lage der russischsprachigen Minderheiten im Baltikum werden von der deutschen Politik nicht geteilt, ebensowenig wie die russische Bewertung der Lage in Belarus, in der Ukraine, in Moldova bzw. Transnistrien sowie in Georgien. Während Rußland in Belarus und in Transnistrien die „letzten Diktaturen Europas“ stützt, steht es den durch Volksbewegungen an die Macht gekommenen neuen Führungen in Georgien und der Ukraine – im Unterschied zu Deutschland – skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das potentiell „große Projekt“ einer abgestimmten deutsch-russischen Außenpolitik für diesem Raum gibt es bislang nicht, statt dessen dominiert hier, zumindest auf russischer Seite, das Denken in Einflußzonen.

Was Bundeskanzler Schröder unter der strategischen Partnerschaft mit Rußland wirklich versteht, ist eine Interessengemeinschaft einschließlich eines dichten Netzes an Beziehungen auf allen Ebenen. Seine gelegentlichen Erinnerungen an „gemeinsame Werte“ haben Formelcharakter. Daß dies kein Zufall ist, macht Schröders Definition der „strategischen Partnerschaft“ mit China deutlich: den Ausbau der Beziehungen auf den Feldern der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, aber ohne wirkliche Thematisierung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes.¹³

Gemeinsame Interessen verbinden und starke gemeinsame Interessen verbinden sehr. Wenn man will, kann man die deutsch-russischen Beziehungen so verstehen und sie als strategische Partnerschaft kennzeichnen – der deutsche Bundeskanzler scheint so zu denken. Nach der eingangs getroffenen Unterscheidung zielt die Rußlandpolitik des Bundeskanzlers jedoch viel eher auf eine „Interessenallianz“ als auf

¹² Vgl. die Übersicht über die Außenpolitik der Russischen Föderation des Auswärtigen Amts, <www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=11&land_id=140>.

¹³ Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Verband der Chinesischen Industrie am 7. Dezember 2004 in Peking, <www.bundesregierung.de/dokumente/,-756862/Rede/dokument.print.htm>.

eine „strategische Partnerschaft“. Damit weicht sie im Kern nicht von den Auffassungen seines Gegenparts, Präsident Putin, ab.

Die deutsch-russischen Beziehungen aus der Perspektive des russischen Präsidenten

Auch Präsident Putin spricht von einer strategischen Partnerschaft Rußlands mit Deutschland, z.B. in seinem Grußwort zum Petersburger Dialog 2003.¹⁴ Sie beruhe auf gleichgearteten Interessen und langfristigen Zielen, wovon er folgende benennt: Erstens die Stabilität in Europa durch Aufbau eines „effektiven und stabilen europäischen Sicherheitssystems“, zweitens die gemeinsame Haltung zum Irak als dem „derzeit heikelsten und schwierigsten Problem“, drittens die wirtschaftliche Problematik als „Dreh- und Angelpunkt“ der beidseitigen Beziehungen. Keines dieser genannten Interessengebiete und Ziele hat eine spezifische Beziehung zu Deutschland oder bezeichnet ein konkretes und großes Projekt, das die beiden Länder verbinden könnte. Jeder Bezug zu den inneren Verhältnissen in Rußland bleibt ausgespart. Eine kritische Einmischung wird implizit zurück gewiesen, wenn es heißt, daß der deutsch-russische Dialog profunde Kenntnis des Anderen voraussetze und gegenseitige Achtung, Gleichberechtigung und Vertrauen erfordere.

Insgesamt hält sich Putin mit programmatischen Äußerungen im Vergleich zu Bundeskanzler Schröder allerdings zurück, wohl auch deswegen, weil er keine Notwendigkeit sieht, seine Politik im Inland zu rechtfertigen. Putins Europapolitik – und damit ist auch der Rahmen für die Deutschlandpolitik umrissen – zielt, so ist aus den wenigen und knappen Äußerungen (etwa in seinen Jahresbotschaften) zu entnehmen, auf eine Interessengemeinschaft ohne Wertebezug.¹⁷

Man mag sich auch fragen, in welchem Umfang es Putin nicht schon gelungen ist, seinen deutschen Gesprächspartner auf seine Seite zu ziehen. Vermutlich kennt Putin Deutschland und dessen Probleme und Absichten besser als Schröder Rußland. Daher fällt es schwer sich vorzustellen, daß es dem deutschen Bundeskanzler gelingt, unter vier Augen wirklich auf Putin einzuwirken. Vielmehr hat es den An-

¹⁴ Grußwort Präsident Putins zum Petersburger Dialog 2003, <www.petersburger-dialog.de/d0015d/default.php>.

¹⁷ Vgl. die Jahresbotschaften des Präsidenten an die Föderalversammlung <www.kremlin.ru/eng/sdocs/speeches.shtml?type=70029>. In der Jahresbotschaft 2003 spricht Putin von einer „breiten Annäherung und realen Integration nach Europa“ auf dem Wege einer „Aktivierung der zweiseitigen Beziehungen, der Entwicklung der strategischen Partnerschaft mit der Europäischen Union und der aktiven Teilnahme an der Arbeit des Europarats“.

schein, daß es Putin ist, der Schröder mit seinen Argumenten beeindruckt. Wie anders läßt es sich sonst erklären, daß Schröder bereits mehrfach – etwa bei den Themen Tschetschenien und Jukos – auf die russische Regierungslinie eingeschwenkt ist?¹⁸

Rhetorik und Substanz der deutschen Rußlandpolitik

Wie Hans-Joachim Spanger bemerkt, ist die deutsche Rußlandpolitik unschlüssig und konturlos. Für eine strategische Partnerschaft fehlt bei näherer Betrachtung die gemeinsame Agenda herausragender Ziele und Interessen, während das öffentliche deutsche Rußlandbild überwiegend von Negativbildern bestimmt wird. So verwundert es nicht, wenn sich die deutsche Aufmerksamkeit auf die Person an der Staatsspitze konzentriert, die scheinbar leichter zu bewerten ist als die allgemeine Lage im Land.¹⁹ „Gorbi-Manie“, Kohl-Jelzin-Männerfreundschaft und Schröder-Putin-Familienkontakte dienen und dienen als Ersatz für eine intensive Auseinandersetzung mit der komplexen und widersprüchlichen russischen Wirklichkeit. Rußland und Deutschland verbindet zweifellos ein gemeinsames Interesse an politischer Stabilität in Eurasien – wenn auch der Stabilitätsbegriff auf beiden Seiten unterschiedlich verstanden wird. Während im russischen Verständnis Stabilität mit (autoritärer) Herrschaft assoziiert wird, geht das deutsche und westliche Verständnis von der Idee der demokratischen „checks and balances“ aus. Deutschland braucht, wenn auch nicht nur ausschließlich, russische Energielieferungen, Rußland benötigt unter anderem deutsche Investitionen und Technologien, aber auch Deutschland ist an gemeinsamen technologischen Entwicklungen auf bestimmten Gebieten interessiert.²⁰ Aber hat der deutsche Bundeskanzler andererseits nicht sogar Recht, wenn er die strategische Partnerschaft mit Rußland auf handfeste gegenseitige Interessen konzentriert? Die öffentliche Debatte in Deutschland erweckt jedenfalls den Eindruck, als ob die realpolitische Bescheidung der deutschen Rußlandpolitik einem wohlüberlegten Kalkül entspringe: Deutschland sei auf russische Energieträgerimporte – vor allem Erdgas – auf Gedeih und Verderb angewiesen und daher sei ein allzu kritisches Auftreten gegenüber Rußland nicht angebracht.²¹ In Wirklichkeit erweist sich die „Energieabhängigkeit“ Deutschlands bzw. Europas von Rußland als Mythos.

Deutschland bezieht mit rund 35 Mio. t rund 30% seines importierten Erdöls aus Rußland, eine Größenordnung, die knapp 20% der russischen Erdölexporte ausmacht. Rund 40% der deutschen Erdgaseinfuhren (rund 35 Mrd. m³) stammen aus

¹⁸ Vgl. die Pressekonferenz anlässlich des Putin-Besuchs in Deutschland am 21.12.2004, in der Bundeskanzler Schröder ausdrücklich Putins Sprachregelung übernahm, wonach die dubiose Versteigerung von Juganskneftegaz nichts als ein marktwirtschaftlicher Vorgang war.

¹⁹ Hans-Joachim Spanger, Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Russland, in: Osteuropa, 7/2002, S. 853-870, hier S. 861.

²⁰ Vgl. den Vorschlag des Bundeskanzlers über den Einstieg der russischen Luftfahrtindustrie bei der Airbus-Muttergesellschaft EADS, den er anlässlich der Airbus-Einweihung in Toulouse im Januar 2005 machte.

²¹ Roland Götz, „Schweigen für Gas“?, SWP-Aktuell, 43/2004, <www.swp-berlin.org/>.

Rußland, das sind ca. 20 % des russischen Erdgasexports. Rußland ist Deutschlands größter einzelner Erdöl- und Erdgaslieferant. Allerdings ist Deutschland damit weder bei Erdgas noch bei Erdöl Rußland ausgeliefert, denn die konkurrierenden Anbieter von Norwegen über Algerien bis zum Iran sind längst oder zumindest demnächst auf dem Markt und könnten russische Lieferausfälle, wenn auch nicht ohne Probleme, kompensieren. Die Energiesicherheit Deutschlands kann folglich durch Diversifizierung der Bezugsquellen und muß nicht durch hauptsächliche Bindung an ein einziges Lieferland gewährleistet werden. Für eine von energiepolitischen Rücksichtnahmen geprägte deutsche Rußlandpolitik gäbe es insofern heute keine Veranlassung. Auch in Zukunft wird das nicht anders sein: Rußland wird für Deutschland und die gesamte EU zwar weiterhin der Hauptlieferant von Erdöl und Erdgas bleiben, jedoch mit abnehmendem Lieferanteil. Dies liegt daran, daß der Einfuhrbedarf der europäischen Staaten erheblich zunehmen wird, während Rußlands Lieferungen Richtung Europa damit nicht Schritt halten können.²² Europa wird sich daher neue Lieferquellen in Afrika, im Nahen Osten sowie auf dem übrigen Weltmarkt suchen müssen. Rußland wird weder Europa noch Deutschland aus seinen Energienöten retten können – was auch nicht im Interesse Rußlands wäre, das langfristig auf die Diversifizierung seiner rohstofflastigen Wirtschaftsstruktur setzen will.²³

Die doppelte Rußlandpolitik der Europäischen Union

Zwischen der EU und Rußland gibt es keine „handfesten“ Konflikte, jedoch – aus russischer Sicht – Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe von Fragen, die beide betreffen.²⁴ Erstens nimmt die EU daran Anstoß, daß Rußland seine Energiewirtschaft nicht liberalisiert, sondern zunehmend staatlicher Kontrolle unterstellt und sie als Instrument der Außenpolitik einsetzt. Zweitens verfolgen die EU und Rußland im GUS-Raum keine abgestimmte Strategie, sondern konkurrieren um die „westliche“ oder „russische“ Ausrichtung der postsowjetischen Länder. Drittens befürchtet Rußland von den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedern einen antirussischen Einfluß auf die EU. Viertens haben beide Seiten an der Verhandlungstaktik der Gegenseite etwas auszusetzen, man beklagt wechselseitig die Verknüpfung unzusammenhängender Probleme oder den Versuch der Aufspaltung von Verhandlungspaketen. Fünftens kommen bzw. kamen verschiedenen Verhandlungsprojekte zwischen der EU und Rußland (WTO, Kyoto, „vier Räume“) nur sehr zäh voran. Sechstens, so ist der Eindruck auf russischer Seite, überspielt die EU ihre Probleme mit einer einheitlichen Außenpolitik gerne damit, daß sie Rußland schulmeisterlich behandelt (Beispiel Tschetschenien). Auch in den Verhandlungen über die „vier

²² Anderer Ansicht ist Alexander Rahr, allerdings ohne nähere Begründung, vgl. Alexander Rahr, Schröders Rußland-Politik, in: Internationale Politik, 9/2004, S. 91-94, hier S. 92.

²³ Roland Götz, Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, SWP-Studie 6/2004, <www.swp-berlin.org/>, S. 12-18.

²⁴ Timofei Bordachev/Arkady Moshes, Is the Europeanization of Russia Over?, in: Russia in Global Affairs, 2/2004, <<http://eng.globalaffairs.ru/numbers/7/>>, S. 90-102, hier S. 91 ff..

Räume“ wurden differierende Auffassungen deutlich.²⁵ Besonders über den Inhalt des Gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bestehen erhebliche Differenzen: Während die EU mit Rußland unter dieser Überschrift über Menschenrechte und das Tschetschenien-Problem sprechen möchte, will die russische Seite hier die Diskriminierung der russischen Minderheiten in den Baltischen Staaten oder den von ihr gewünschten visafreien Reiseverkehr zur Sprache bringen.

Diese Schwierigkeiten sind in einem gewissen Sinn „normal“ und könnten durch geduldige Verhandlungen nach und nach ausgeräumt werden, doch viele Beobachter haben den Eindruck, daß hinter ihnen ein tieferer Konflikt lauert, daß die Grundauffassungen beider Seiten von ihren gegenseitigen Beziehungen vollständig verschieden sind. Die Rußlandpolitik der EU zielt auf eine tiefgehende interne Transformation Rußlands, das das System der EU-Werte und Normen zu akzeptieren habe.²⁶ Nach Ansicht der EU werden dadurch nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen auf eine gesunde Grundlage gestellt, sondern auch die Sicherheit in Europa gewährleistet. Umgekehrt betrachtet Rußland Europa als wichtigsten Modernisierungspartner, verwahrt sich jedoch gegen eine einseitige Anpassung an dessen Institutionen und politische Kultur.²⁷

Für die EU haben „gemeinsame Werte“ (common values) in den Beziehungen zu Rußland einen hohen Stellenwert. Dies wird aus den von der EU verabschiedeten Dokumenten zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und zur Gemeinsamen Strategie gegenüber Rußland deutlich.²⁸ Alle diese Dokumente enthalten jeweils zwei Teile: Einen Teil zu den gemeinsamen Kooperationsfeldern, einen zweiten zu den „gemeinsamen Werten“. Im letzteren kommt die Hoffnung der EU zum Ausdruck, Rußland zu einem Staat europäischen bzw. westlichen Typs zu transformieren.²⁹ Die EU macht bei diesem Ansatz keinen wesentlichen Unterschied zwischen potentiellen Erweiterungskandidaten und Staaten, die auf absehbare Zeit für eine EU-Mitgliedschaft nicht in Frage kommen. Besonders deutlich wird dies in der 1999 in Köln verabschiedeten Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Rußland, wo erstmals von einer „strategischen Partnerschaft“ die Rede ist, die auf gemeinsam geteilten Werten beruhen solle. Zu diesen zählt die EU eine offene, pluralistische Demokratie sowie rechtsstaatliche Verhältnisse als Voraussetzungen für eine pro-

²⁵ Auf dem EU-Russland-Gipfeltreffen in St. Petersburg 2003 war beschlossen worden, daß die Kooperationsmöglichkeiten in den „vier Räumen“ 1. Wirtschaft, 2. Freiheit, Sicherheit, Recht, 3. Außere Sicherheit und 4. Wissenschaft, Erziehung, Kultur ausgelotet werden sollen.

²⁶ Bordachev/Moshes, S. 97.

²⁷ Timofei Bordachev, *Strategy and strategies*, in: Arkady Moshes (ed.), *Rethinking the Respective Strategies of Russia and the European Union*, Moskau/Helsinki 2003, S. 31-61, hier S. 31, <www.carnegie.ru/en/pubs/books/66705.htm>; <www.upi-fiaa.fi/english/navigation/publications_frameset.htm>; Katinka Barysch, *The EU and Russia: Strategic Partners oder squabbling neighbours?*, London 2004, <www.cer.org.uk/publications/564.html>; Dov Lynch, *Russia's Strategic Partnership with Europe*, in: *The Washington Quarterly*, Spring 2004, <www.twq.com/04spring/docs/04spring_lynch.pdf>, S. 99-118, hier S. 99 f.

²⁸ <http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/intro/#eu>.

²⁹ Rolf Schuette, *E.U.-Russia Relations: Interests and Values – A European Perspective*, in: *Carnegie Papers*, 54/2004, <www.carnegieendowment.org/files/cp54.schuette.final.pdf>, S. 12 ff.

sperierende Marktwirtschaft. Dabei bleibt offen, ob eine strategische Partnerschaft der EU mit Rußland bereits möglich ist, obgleich Rußland den erforderlichen „Reifezustand“ noch nicht erreicht hat. In der ebenfalls 1999 beschlossenen Mittelfristigen Strategie Rußlands für die Beziehungen zur EU ist von einer gemeinsamen Wertebasis nicht die Rede, jedoch von zahlreichen Kooperationsfeldern mit der EU. Rußland bezeichnet sich dort als Weltmacht, die keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten toleriert.³⁰

Aus EU-Sicht soll Rußland sich im eigenen Interesse „europäisieren“, auch ohne Beitrittsperspektive zur EU. Die EU bietet Rußland eine „Teilhabe an der Union mit Ausnahme ihrer Institutionen“ an.³¹ Für Rußland ist dies keine sehr attraktive Perspektive, vor allem weil es sich durch das Vorrücken sowohl von NATO und EU in seinen vormaligen Herrschaftsbereich wenn schon nicht bedroht, sondern doch ausgegrenzt fühlen muß. Wenn Dov Lynch meint, daß Rußland ohnehin keine Mitgliedschaft in der EU oder NATO anstrebe, weil es grundsätzlich auf seiner vollständigen Souveränität bestehe, so ist das nur die halbe Wahrheit, denn in den neunziger Jahren wurde in Rußland durchaus über die Aufnahme Rußlands in NATO und EU debattiert.³² Es ist nicht zu bestreiten, daß die Idee der EU, Rußland nach ihrem „Modell“ formen zu wollen, ohne das Land tatsächlich integrieren zu wollen, in russischen Augen schizophren wirken muß.³⁵ Offen bleibt in der Tat, wie der „Demokratieexport“ nach Rußland funktionieren soll, wenn er einerseits von der etablierten politischen Führungsschicht als Bedrohung ihrer Positionen aufgefaßt wird, aber nicht der NATO- bzw. EU-Beitritt als Fernziel erkennbar ist, der die demokratischen Kräfte mobilisieren und könnte.³⁶ Rußlands Teilnahme an Europarat, OSZE und G8 bzw. seine vorgesehene Anbindung an die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wertet das Land zwar international auf, läßt aber keinen „Demokratisierungsschub“ im Inneren erwarten. Aber gibt es überhaupt Aussichten dafür, daß Rußland auf einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Kurs einschwenkt? Dies führt nicht nur auf die berühmte Frage, wer „Mr. Putin“ wirklich ist, sondern auch auf die Frage, mit welchem Rußland man es eigentlich zu tun hat.

³⁰ Peter Schulze, Die Russische Föderation, in: Ernst Piehl/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann (Hg.), Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005, S. 37-244, hier S. 192 ff.

³¹ Eckart Stratenschulte, Das Brüsseler Illusionstheater – zu Gast in Osteuropa, in: Osteuropa, 6/2003, S. 764-776, hier S. 770 ff.

³² Dov Lynch, Russia Faces Europe (= Chaillet Papers 60/2003), <www.iss-eu.org/chaillet/chai60e.pdf>, S. 14.

³⁵ Timofej Bordachev/Arkady Moshes, Is the Europeanization of Russia Over?, in: Russia in Global Affairs, 2/2004, <<http://eng.globalaffairs.ru/numbers/7>>, S. 90-102.

³⁶ Hans-Joachim Spanger, Die Fesseln der Konditionierung: Demokratieexport nach Russland als Politikersatz, HSKF-Report 4/2001, <www.prif.org/downloads/rep0401.pdf>; Ders.,

Interpretationen des russischen Entwicklungsweges

Die Rußlandanalyse ist sich keineswegs darüber einig, in welche Richtung das politische und wirtschaftspolitische System der Russischen Föderation steuert. Die „Kulturalisten“ diagnostizieren eine Pfadabhängigkeit der russischen Entwicklung: Rußland sei nach dem kurzen, halbdemokratischen Intermezzo unter Jelzin wieder auf den autoritären Sonderweg eingeschwenkt, den ihm seine Geschichte vorzeichnet.³⁷

Eine andere Art der Pfadabhängigkeit erkennen „Voluntaristen“, die auf Fehlentwicklungen in der Frühphase der Transformation verweisen: Michael McFaul sieht – wie auch viele russische Beobachter – in Jelzins 1993 in der Beschließung des „Weißen Hauses“ gipfelnden Entmachtung des Parlaments den Sündenfall; Putin hätte diesen damals angelegten antidemokratischen Trend nur noch verstärkt, der sich nun nicht mehr korrigieren lasse.

Dagegen verweisen „Modernisierungstheoretiker“ wie Treisman und Shleifer als Grund für den Trend zum Autoritarismus auf die sowjetischen „Altlasten“ in Form der überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die allerdings durch einen längeren Modernisierungsprozeß überwunden werden könnten. Die negativen Züge der russischen Entwicklung gelten ihnen daher als Übergangsphänomene.³⁸ Freilich: Zwangsläufig ist hier gar nichts (Spanger). Es gibt nämlich nur wenige, vor allem südostasiatische Beispiele für erfolgreiche Modernisierungsdiktaturen, aber viele Gegenbeispiele, insbesondere in Afrika. Zwar stellt Rußland mit seiner Kombination eines politisch autoritären mit einem wirtschaftlich liberalen System geradezu den Idealtyp einer Modernisierungswirtschaft südostasiatischen Typs dar, doch kann nicht ausgeschlossen werden, daß es sich allmählich in Richtung einer Staatwirtschaft mit Stagnationstendenz bewegt: Der Fall Jukos könnte, obwohl er ein Einzelfall bleiben sollte, der Anfang einer derartigen Entwicklung gewesen sein.

Als ressourcenreiches Land steht Rußland zudem in der Gefahr, neben dem ökonomischen Dutch-disease-Problem (Konzentration der Investitionen auf den Ressourcensektor, Aufwertung der Währung, zunehmende Konkurrenzunfähigkeit der verarbeitenden Industrie) auch von dessen politischen Nebeneffekten, der Rentenökonomie („Petrostate“) mit ihrer Begünstigung autoritärer Tendenzen, betroffen zu werden.³⁹ Zwar gibt es auch hier keine Zwangsläufigkeit, aber die Erfahrung zeigt, daß nur Länder mit entwickelten demokratischen Strukturen wie die Niederlande oder Norwegen die Bedrohungen des Ressourcenreichtums erfolgreich abwehren

³⁷ Heinrich Vogel, *Russland ohne Demokratie*, SWP-Studie 38/2004, <http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1043>, S. 17 ff; Roland Götz, *Wirtschaftstransformation in Rußland. Kulturelle Einflüsse, Ideen, Schritte, Wirkungen*, in: Hans-Hermann Höhmann/Heiko Pleines (Hg.), *Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten*, Bremen 2003, S. 68-85.

³⁸ Andrei Shleifer/Daniel Treisman, *A Normal Country*, in: *Foreign Affairs*, March/April 2004, <<http://www.foreignaffairs.org/20040301faessay83204-p0/andrei-shleifer-daniel-treisman/a-normal-country.html>>. Siehe dazu die Erwiderung von Steven Rosefielde: *An Abnormal Country*, <<http://www.bof.fi/bofit/eng/6dp/04abs/pdf/dp1504.pdf>>.

³⁹ Ricky Lam/Leonard Wantchekon, *Political Dutch Disease*, <http://www.nyu.edu/gsas/dept/politics/faculty/wantchekon/wantchekon_home.html>.

können, während autoritäre Regime in die Gefahr eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs geraten. Was Rußland retten könnte, ist allenfalls der Umstand, daß sein Ressourcensektor nicht so dominant ist wie in kleineren Ressourcenstaaten.⁴⁰ Auch wenn man die deterministisch-pessimistische Sicht der „Kulturalisten“ und „Voluntaristen“ nicht teilt, ist allzu großer Optimismus in bezug auf den Trend der innenpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland nicht angebracht, denn auch die Modernisierungstheorie erlaubt nur verhaltene Hoffnung. Ob Rußland daher für eine wirkliche Integration in die westlichen Großgemeinschaften NATO und EU in Frage kommt, läßt sich so einfach nicht sagen – ganz zu schweigen von der Frage, ob die Aufnahme Rußlands im Interesse dieser Organisationen läge.

Aber es sind nicht nur die – immer fragwürdigen – „objektiven Entwicklungsgesetze“, die Rußlands Europäisierung verhindern oder verzögern könnten. Nicht übersehen werden dürfen in Rußland neue geistige Bewegungen, die antiwestlichen und damit auch antieuropäischen Charakter tragen. Was steht hinter den vielfachen Verweisen auf Rußlands Interessen, die Notwendigkeit seiner selbständigen Politik bis hin zum russischen Weg und den russischen Werten?

Zunächst einmal schlägt sich hierbei die Reorientierung der Außenpolitik auf „Realpolitik“ nieder, die in den späteren Jelzinjahren und unter Putin erfolgte. Man sucht nicht mehr wie zu Zeiten der Sowjetunion die Konfrontation mit dem Westen, will sich aber auch nicht, wie es in der „romantischen Periode“ der frühen Neunziger Jahre den Anschein hatte, bedingungslos in den Westen eingliedern bzw. sich „europäisieren“. Die Kernbegriffe dieser Politik heißen „nationale Interessen“ und „Souveränität“. Eine Art Hintergrundmusik für diesen Kurswechsel liefert die Gedankenwelt des neuen „Eurasismus“, wie sie vor allem von Alexander Dugin weiterentwickelt und variiert wird.⁴¹ Man darf unterstellen, daß diese Ideen in den nicht Kreisen der russischen Militärs, Sicherheitsapparaten und Bürokratien bereitwillig aufgenommen werden, scheinen sie doch das konzeptionelle Fundament für eine Abgrenzung von den suspekten „europäischen“ bzw. „atlantischen“ Werten und Ansichten zu geben. Denn angesichts der von Europa stark beeinflussten Kulturgeschichte Rußlands fällt es schwer, einen „eigenen Weg“ tiefer zu begründen, der mehr sein soll als ein Rückgriff auf traditionelle Macht- und Gleichgewichtspolitik.⁴²

Der moderne Eurasismus des Alexander Dugin greift alte slawophile und orthodox-religiöse Motive aus der russischen Geistesgeschichte auf, verbindet sie aber mit kosmologischen, esoterischen und neofaschistischen Elementen zu einer eigentümlichen Mixtur. Für Zwecke der Verbreitung seiner Ideen in der politischen Welt prä-

⁴⁰ Wenn man nur die Energieressourcen Erdgas, Erdöl und Kohle berücksichtigt, haben diese einen Anteil von rund 25% an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, wobei die Unterbewertung durch Transferpreise bereits herausgerechnet ist, siehe World Bank, From Transition to Development, A Country Economic Memorandum for the Russian Federation (Draft), April 2004, <www.worldbank.org/eca/Russia.nsf/ECADocByUnid/FE49AB3FB21AE703C3256E6F00410397>.

⁴¹ Markus Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ des Aleksandr Dugin. Neo-Nationalboschewismus und Neue Rechte in Rußland, in: Osteuropa 7/2002, S. 885-900.

⁴² Zur europäischen Prägung Rußlands siehe die Beiträge in Heft 9/10/2003 der Zeitschrift Osteuropa.

sentiert Dugin sie als „Geopolitik“ und spitzt sie auf den Gegensatz zwischen „atlantischen Seemächten“ sowie „eurasischen Landmächten“ zu.⁴³ Außenpolitisch betrachtet bietet Dugins Eurasismus den geistigen Nährboden für einen ausgeprägten Antiamerikanismus und den Versuch einer gegen die USA gerichteten Achsenbildung unter Einbeziehung der kontinentalen Staaten Westeuropas bis hin nach China. Innenpolitisch stellt der Neoeurasismus eine Gegenbewegung gegen westliche liberal-individualistische Werte dar, ohne daß deutlich wird, worin die Alternative überhaupt besteht – jedenfalls will man Rußland als eigenen „Zivilisationstyp“ mit eigener kulturhistorischer und sittlich-moralischer Tradition verstehen.⁴⁴

Dugins Verbindung von Anti-Atlantismus („Europa und China gegen Amerika“) und seine Ablehnung der westlichen Moderne appelliert vermutlich erfolgreich an die konservativen und sowjetnostalgischen Einstellungen bereiter Kreise der russischen Machtstrukturen. Sehr geschickt knüpft er auch Kontakte zur islamischen Welt in der GUS, indem er sie in sein Eurasismus-Konzept einschließt. Seine Einbeziehung esoterischer und kosmologischer Elemente macht seine abenteuerlichen politischen Konstruktionen für weite mystisch und abergläubisch eingestellte Bevölkerungskreise attraktiv. Noch bleibt die offizielle russische Politik auf Distanz zur neoeurasischen Bewegung. Es wäre ein Unglück nicht nur für Rußland, sondern auch für Europa, wenn Dugins Botschaften in Rußland zur Ideologie einer vom Westen enttäuschten politischen Klasse avancieren würden.⁴⁵

Spielräume zwischen Interessenallianz und strategischer Partnerschaft

Für die Rußlandpolitik Deutschlands ebenso wie für die der EU scheint es nur drei echte Alternativen zu geben: Erstens eine Interessenallianz oder pragmatische Partnerschaft, zweitens eine strategische Partnerschaft und drittens eine strategische Partnerschaft mit Integrationsaussichten.

Die Alternative „Interessenallianz“ bedeutet, daß eine pragmatische Partnerschaft mit Schwerpunkt auf den Wirtschaftsbeziehungen angestrebt wird, wobei gegenseitige Kritik („Wertediskussion“) nach Möglichkeit ausgespart bleibt bzw. nur formelhaft vorkommt. Vorteil dieses Vorgehens, das in Wirtschaftskreisen auf ungeteilten Beifall stößt, ist, daß das Gesprächsklima nicht belastet wird. Sein Nachteil ist, daß es nicht nur in Deutschland uns selbst in der Regierungskoalition innenpolitischen

⁴³ Dugin, Alexander, *Osnovy geopolitiki*. [Grundlagen der Geopolitik], Moskau 1997, <<http://www.geopolitika.ru/>>; Andreas Umland, Die Herausbildung einer faschistischen „neoeurasischen“ Intellektuellenbewegung in Rußland, <<http://www.boschlektoren.de/a-sites/projektterasse/fertigprojektecksteck/andreas.doc>>; Stefan Wiederkehr, „Kontinent Evrazija“ – Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins, Markus Kaiser (Hg.), *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Rußland und Europa*, Bielefeld 2004, S. 125-137.

⁴⁴ Markus Kaiser, Einführung: Die russische Debatte und ihre Re-Orientierung zwischen Asien und Europa, in: Markus Kaiser (Hg.), *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Rußland und Europa*, Bielefeld 2004, S. 111-124.

⁴⁵ Zum Vordringen Dugins Neoeurasismus in russische politische Kreise siehe Lorenzo Ravagli, Putin und die Eurasier, <www.anthroposophie-de.com/aktuelles/eurasier1.html>. Interessant ist, daß selbst derartige kritische Äußerungen auch auf die webseite <www.evrazia.org> der eurasischen Bewegung Eingang finden: <www.evrazia.org/modules.php?name=News&file=article&sid=1889>.

Streit provoziert, sondern auch Differenzen mit der EU, deren gemeinsame Außenpolitik gegenüber Rußland von Deutschland nicht voll mitgetragen wird.

Die „strategische Partnerschaft“, wie die EU sie versteht, meint dagegen eine über eine Interessenallianz hinaus gehende Verbindung, wobei die „gemeinsamen Werte“ eingefordert werden, jedoch ohne daß eine Beitrittsperspektive zur EU oder zur NATO eröffnet wird. Dieser Versuch der „Europäisierung Rußlands“ mit gleichzeitiger Ab- oder Ausgrenzung stößt in der russischen politischen Elite auf zunehmende Abwehr, die über Protest gegen „einseitige“ und „diffamierende“ Kritik hinaus geht.

Die dritte Alternative wäre eine Partnerschaft, die auf weitestgehende Integration abzielt und daher mit vollem Recht die „gemeinsamen Werte“ einfordern könnte. Wenn Rußland nämlich Demokratie und Marktwirtschaft in vollem Umfang verwirklicht oder dies zumindest unbestreitbar und erkennbar anstrebt, erfüllt das Land durchaus die Bedingungen, die ihm die Mitgliedschaften in NATO und EU grundsätzlich eröffnen.⁴⁶ Sie ihm von vornherein zu verwehren (der Türkei und der demnächst der Ukraine aber in Aussicht zu stellen), machte das Anliegen des Westens, Rußland nach Europa herein holen zu wollen, unglaublich.

Dabei ist klar, daß der Weg bis zu einer Integration Rußlands in die NATO und die EU noch weit wäre, weiter als der der Türkei oder der Ukraine. Freilich ist er nur genauso „utopisch“, wie es vor wenigen Jahren noch der Gedanke an eine friedliche und freiwillige Auflösung der Sowjetunion oder der Fall der Mauer auf Anweisung der DDR-Regierung gewesen war. Jedenfalls hat diese Alternative den Vorteil, daß sie die Inkonsistenz der „Europäisierung ohne Integration“ vermeidet und die demokratischen Kräfte in Rußland stärkt.

Solange Rußland allerdings auf einem „eigenen Weg“ besteht, der mit dem Europas nicht vereinbar ist, kann es auch nicht strategischer Partner der EU oder eines einzelnen EU-Landes sein, wenn man diesen Begriff mit Inhalt füllen will. Es wäre dann zu überlegen, ob man nicht den Versuch, ihm die eigenen Wertvorstellungen aufzuzwingen, besser aufgeben sollte.

Die deutsche Politik neigt praktisch der ersten Alternative zu, was den Charme der deutsch-russischen Beziehungen ausmacht und das Mißvergnügen vermeidet, von dem die EU-Rußlandbeziehungen, die sich an der zweiten Alternative orientieren, immer wieder betroffen sind. Allerdings schert Deutschland damit, wenn auch nicht so sichtbar wie Berlusconi Italien, aus der gemeinsamen europäischen Rußlandpolitik aus. Dafür mag es mehrere Gründe geben: Man akzeptiert, daß Rußland von außen nicht zu ändern ist, will nicht als „Schulmeister“ bzw. Nörgler auftreten und sieht sich gleichzeitig zu einer engen Kooperation gezwungen. Auf kurze und mittlere Frist mag diese Strategie vorteilhaft sein. Ob sie sich langfristig auszahlt, ist eine andere Frage. Ein Abgleiten Rußlands in eine auch für Deutschland nachteilige Entwicklungsrichtung kann so nicht verhindert werden.

⁴⁶ Zu den Aufnahmebedingungen für EU-Mitglieder siehe Manfred Peter, Russlands Platz in Europa, Berlin 2001, S. 146 ff; Zu den Bedingungen für den NATO-Beitritt vgl. James Baker III, Russia in NATO?, in: The Washington Quarterly, Winter 2002, S. 95-103, <www.twq.com/02winter/baker.pdf>.

Dagegen könnte die deutsche Politik mehr tun als bisher, um europäische Wertvorstellungen in konkreten Projekten deutlich werden zu lassen. Was wären denn „große Projekte“ im Sinne einer echten strategischen Partnerschaft? Auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit“ kommt man nicht daran vorbei, das Tschetschenien-Problem aufzugreifen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering erscheinen (der russische Standardkommentar dazu lautet: „mit Terroristen kann man nicht verhandeln“), sollte Deutschland versuchen, zusammen mit Rußland nach Lösungswegen zu suchen. Ein Projekt „Außenpolitik“ müßte Rußland davon überzeugen, daß weder das Baltikum, noch Belarus, die Ukraine oder Moldova oder Georgien zu seiner Einflußzone gehören, die es zu bewahren gelte bzw. in die der Westen von westlicher Seite angestrebt würden. Ob die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) mit diesen Ländern diese Funktion erfüllt, darf bezweifelt werden, denn sie wird Rußlands Mißtrauen in die Absichten der EU nicht abbauen. Das wichtigste Projekt im Bereich „Wirtschaft“ wäre die Festigung der marktwirtschaftlichen Ordnung in Rußland. Hierzu bedarf es einer intensiven Diskussion über das Verhältnis von Staat und Markt. Industriepolitisches Engagement alleine gibt das falsche Signal.